



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/KVL/103 - 8. Mai 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 5

Unbegreiflicher Widersinn

158

Zur Verabschiedung des zweiten Wohnbaugesetzes

4 - 4a

Jakob Kaiser +

62

Ein Leben für Deutschland

5

Anklamepunkt: 100.000-facher Werd

45

Vor dem Abschluss der Untersuchungen im Fall Sawade-Hoyde

6

"Kapitalistische" und sozialistische" Autonomie

42

Wie Parkow mit den Verkehrsproblemen fertig werden will

+ + +

### Unbegreiflicher Widersinn

#### Zur Verschlebung des zweiten Wohnbaugesetzes

sp - Im Rahmen der vielen Gesetze, die der Bundestag in der vergangenen Woche zu verabschieden hatte, war auch eine sehr beachtliche Änderung des zweiten Wohnungsbaugesetzes. Der wesentliche Inhalt der Änderung bezieht sich dabei auf die Regelung der Mietbeihilfen für die Sozialwohnungen, die auf Grund des 2. WoBauG gebaut werden. Mit diesem neuen Änderungsgesetz haben die Regierungsparteien nun wiederum und damit jetzt schnell hintereinander ein zweites Mal Vorschläge und Anträge aufgenommen und in ihrer Richtigkeit bestätigt, die die SPD-Fraktion bereits einjährig bei der Beratung des Lücke'schen Abbaugesetzes vor einem Jahr gestellt hatte, die aber damals an der Besserwisserlei des Herrn Lücke gescheitert sind. Schon damals beantragte die SPD, dass auch für alle Sozialwohnungen des 2. WoBauG Mietbeihilfen möglich sein müssten, wenn im Einzelfall die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind. Leider ist auch jetzt bei der Änderung die volle Erkenntnis noch immer nicht durchgedrungen, da die neuen Mietbeihilfen nur für Sozialwohnungen in Frage kommen, die nach dem 31. 12. 1961 baufertig werden. Warum dieser unbegreifliche Widersinn eingeführt wurde, konnte auch in der Ausschussberatung und in der Debatte im Plenum nicht aufgeklärt werden. Wohnungsbauminister Lücke wollte es eben so, anscheinend weil sonst, wenn alle Wohnungen einbezogen worden wären, gar kein Unterschied mehr zu dem rechtzeitig vor einem Jahr schon gestellten SPD-Antrag bestanden hätte. Die SPD-Fraktion hat in der Debatte nochmals vergeblich versucht, hier schlichte Verunft und eine ganz einfache Verfahrensregelung zu erreichen, aber vergebens.

#### Groteske Konsequenzen

Leider gelang es ihr auch sonst nicht, weitere und ebenso unverständliche und zu allen den verwaltungsmässig sehr erschwerende Regelungen heranzubringen, so z.B., dass jetzt plötzlich für die sog. benötigte Wohnfläche, auf die die Mietbeihilfen berechnet werden, andere qm-Zahlen gelten als für alle sonstigen Neubauwohnungen. Selbst innerhalb der CDU-Abgeordneter gab es heftiges Kopfschütteln, als der Sprecher der SPD in der Bundestagsdebatte die geradezu grotesken und unverständlichen Konsequenzen aufzeigte, die sich daraus jetzt ergeben, weil die bisher gültigen Regelungen nicht den neuen angeglichen werden. Für eine Familie gleicher Grösse und mit gleicher Personenzahl werden jetzt einmal 60, einmal 85 und einmal 70 qm gerechnet, wodurch die Verwaltungsarbeit nochmals unsinnigerweise gesteigert wird. Der SPD-Sprecher wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass Gesetze und Verordnungen, Erlasse und Formulare, die über die Mietbeihilfen herausgegeben sind, schon weit über 100 Druckzeilen ausmachen!

#### Mietbeihilfen - vorübergehende Sozialmassnahme

Dass die Auffassungen über die vertretbare Einkommensbelastung durch die Miete nicht übereinstimmen konnten, war von vornherein klar. Die SPD erkennt Mietbeihilfen nur als eine vorübergehende, allerdings sehr notwendige Sozialmassnahme, aber nicht als End- und Dauerregelung für die Besetzung des Wohnungskennsatzes an. Dass sie

notwendig sind, beweist immer nur, dass etwas in unserer Einkommensverteilung nicht stimmt. Es dürfte in einer ausgewogenen und sozial gerechten Wirtschaftsordnung nicht sein, dass Menschen und Familien die ihnen nach Grösse und Ausstattung zukommen, bereits verbilligten und kulturell einwandfreier Wohnungen aus ihrem eigenen Einkommen nicht bezahlen können, sondern dazu erst noch Mietbeihilfen nötig haben. Volkswirtschaftlich und sozial ist in erster Linie vordringlich, dass die Einkommen angehoben und dass die volkswirtschaftliche Einkommensverteilung so geregelt ist, dass jeder seinen Wohnkauf allein aus seinem Einkommen decken kann. Dass Mietbeihilfen gewährt werden müssen, ist keine sozialpolitische Minderleistung, sondern eine ständige sozialkritische Anklage gegen die unzureichende Einkommensverteilung.

Die SPD hat an der neuen Regelung sehr heftig kritisiert, dass sie gerade bei den kleinen Einkommen viel zu grob und hart ist und dass die vielschichtige soziale Unterschiedlichkeit in diesen Einkommensgruppen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Sie kritisierte ferner, dass die Regierungsparteien jetzt schon ein Jahr nach den Lücke'scher Abbaugesetzen die Quote, die die einzelne Familie zunächst selbst aus ihrem Familieneinkommen zur Mietszahlung aufwenden muss, bereits um 2 und 3 Prozent, selbst bei den Einkommen zwischen 301-500 DM um 1 Prozent heraufgesetzt hat. Das ist bei diesen neuen Mietbeihilfen bereits eine auch in der Gesamttendenz gefährliche Verschlechterung der bisherigen Mietbeihilfen. Der Gegenvorschlag der SPD, der aber abgelehnt wurde, sah demgegenüber vor, dass die Belastung der unteren Einkommen durch die Miete wesentlich geringer sein soll, nämlich um 5-6 Prozent unter den Regierungssätzen. Es wurde auch in der Debatte auf die hinter der neuen Regelung lauerner weiteren Gefahren hingewiesen, dass die Tendenz steigender Mietspreise und erhöhter Mietanteile von Jahr zu Jahr fortgesetzt werden könne, da keine ausreichende scharfe Bremse gegen diese möglichen Steigerungen eingebaut ist.

#### Verbesserungen

Andere Bestimmungen des Gesetzes enthalten jedoch zweifellos echte Verbesserungen. So ist die Einkommensgrenze, die für die Vergünstigungen des sozialen Wohnungsbaus gilt, erhöht und damit der Kreis der Wohnberechtigten im sozialen Wohnungsbau erweitert, z.B. für Familien mit einem Kind von 950 auf 1050, bei zwei Kindern von 1050 auf 1200 DM. Dabei handelt es sich nur um das Nettoeinkommen des Haushaltsvorstandes, nicht der gesamten Familie. Ebenso sind die Einkommensgrenzen der sogenannten Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen, die für die Wohnungsvorgabe und für die Inanspruchnahme sonstiger Vergünstigungen eine grosse Rolle spielen, etwas angehoben worden. Auch die Sozialgruppen, die diesem Kreis gleichgestellt sind, sind auf Grund von SPD-Anträgen

etwas erweitert. Diese Verbesserungen gehen sowohl auf alte, aber bisher stets abgelehnte SPD-Anträge zurück, die jetzt endlich nach fast vier Jahren aufgenommen worden sind. Bei-der ist die Regierung auch hier bei den neuen Einkommensgrenzen wieder auf halben Wege stehen geblieben, sie hat die Grenze gerade bei dem kleinsten und untersten Einkommen nicht um je 100,-- DM monatlich, sondern nur um 50,-- DM angehoben, nur um nicht einen SPD-Antrag im Gessen zu akzeptieren.

Eine wesentliche, auch von der SPD sehr begrüßte Verbesserung liegt darin, dass die Familienzusatzdarlehen für den Eigenheimbau von 1500,-- auf 2 000 DM erhöht werden und künftig schon vom zweiten Kind an gegeben werden. Auch dass Mietbeihilfen künftig überhaupt auch für Sozialwohnungen des 2. WobauG gegeben werden können und dass darauf ein Rechtsanspruch besteht, ist trotz aller kritisierten Mängel im Einzelnen doch noch gegenüber dem bisherigen Sachverhalt ein Fortschritt. Erfreulich ist ferner, dass es der Initiative der SPD noch gelungen ist, in die offensichtliche Ausnutzung des Wohnungsmangels durch verlorene Baukostenzuschüsse (nicht Mieterdarlehen!) eine wichtige Ersche zu schlagen. Zwar ist kein generelles Verbot herausgekommen, aber jetzt können stets auch bereits früher gegebene Baukostenzuschüsse abwohner gemacht und so ein Ausgleich für diese enormen Mieterleistungen in allen Bereichen des Wohnungsbaus, eben auch im steuerbegünstigten und selbst im freifinanzierten gefördert werden.

#### Aufgabe des neuen Bundestages

Angesichts dieser zweifellos gelungenen Verbesserungen hat die SPD-Fraktion schließlich trotz ihrer heftigen Kritik an der verschiedenen Einzelheiten des Gesets zugestimmt.

Die SPD-Fraktion weist natürlich sehr wohl, dass damit keineswegs alle Mängel und Unzulänglichkeiten des Wohnungsbau-gesetzes beseitigt sind. Wir haben gerade in diesem bedeu-tamen Sozialbereich und trotz aller guten Wohnungsbau-erfolge noch keinen Idealzustand oder auch nur eine volle Bedarfs-deckung. So steht dem wirklichen sozialen Wohnungsbau noch der jährliche Abbau der öffentlichen Mittel, ihre ständige Kürzung durch die Wohnungsbauprämien, die mit der Bedarfslage nicht übereinstimmende Realisierung der Vorränge und die zu schnelle und zu frühe Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und der Miet-preisbindung entgegen. Wir haben auch noch kein soziales Miet- und Wohnrecht, ebenso keine wirkliche Bekämpfung der Boden-spekulation. Das sind grosse Aufgaben und Verpflichtungen, die erst der neue Bundestag in einer dann sofort notwendigen grundlegenden Reform und Voreinziehung des Wohnungsbau-gesetzes, des Bundesbaugesetzes und der Lücke'schen Abbaugesetze durchsetzen muss.

Jakob Kaiser †

Ein Leben für Deutschland

sp - Der Tod Jakob Kaisers, des ersten Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, kam für alle, die diesen Mann kannten und sich zu seinen Freunden zählen durften, nicht unerwartet. Ein Schlaganfall im Jahre 1957 hatte diesen Mann mitten aus einem tätigen Dasein herausgerissen und ihn ans Krankenbett gefesselt, von dem er nicht mehr aufstehen sollte. Jakob Kaiser wählte als letztes Domizil die Hauptstadt Deutschlands, Berlin. Diese Wahl allein war mehr als ein nur symbolischer Akt: viele Jahre seines Lebens hatte der in Unterfranken geborene Buchbindergeselle in Berlin verbracht, das ihm zur Heimat wurde, an dem sein glühendes Herz hing. Die Persönlichkeit und den sittlichen Gehalt des Verstorbenen hat eine im Dienste der Arbeitnehmer und im Dienste an Deutschland sich verzehrende Arbeit geprägt.

Jakob Kaiser kam aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, als deren Repräsentant er bei den letzten Reichstagswahlen im März 1933 in den Reichstag einzog. Unvermeidlich zeichnete sich vor dem Hintergrund seiner christlich-humanitären Grundhaltung der Konflikt mit den Machthabern des Dritten Reiches ab. In den dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte suchte und fand der spätere Bundesminister Verbindungen zum deutschen Widerstand. Er knüpfte Fäden mit im Ausland lebenden deutschen Widerständlern, eine enge persönliche Freundschaft verband ihn mit Georg Deuschner, Gustav Leber und anderen aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen und nach dem 20. Juli hingerichteten Männern und Frauen. Jakob Kaiser selbst stand auf der Abschussliste der Gestapo. Todesmutige Helfer verbargen ihn in einem Berliner Keller vor tödlichem Zugriff der damals herrschenden Mächte.

Unmittelbar nach dem Sturz des Dritten Reiches nahm Jakob Kaiser seine politische Tätigkeit wieder auf. Er gründete die ODU in Berlin und in der Zone und er verwirklichte das Gelöbnis, das sich die Widerständler, so weit sie aus der freien Arbeiterbewegung stammten, im Schatten des Fallbeils gegeben hatten: es nie wieder zu einer Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte der deutschen Arbeitnehmerschaft kommen zu lassen. Jakob Kaiser gehört somit zu den Architekten

des die Einheit der Arbeitnehmer verwirklichenden Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieses Verdienst allein sichert ihm einen hervorragenden Platz in den Annalen der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Wiederum war es unvermeidlich, dass Jakob Kaiser in Konflikt mit der zweiten totalitären Macht geraten musste, die sich als Folge des Zusammenbruchs in Mittelddeutschland etablierte. Eine Zeitlang hegte Kaiser die Illusion eines Ertrickenschlags. Diese Illusion zerbrach unter der Wucht neuer Realitäten, sie zerbrach unter dem Anspruch des Kommunismus auf totale Herrschaft.

1947 ging Jakob Kaiser, um viele Hoffnungen ärmer geworden, nach Westdeutschland. Unter seiner Federführung ist das Ahlener Programm entstanden, das ein Versuch war, aus christlicher Sicht ein neues Deutschland aufzubauen, in dem der Arbeitnehmer vollberechtigt und gleichwertig seinen Platz finden sollte. Jakob Kaiser muss es schmerzlich berührt haben, als er, zwar an sichtbarer Stelle in der CDU stehend, erfahren musste, dass andere Kräfte stärker und wirksamer wurden als die von ihm vertretene, in den Erfahrungen der Illegalität gebohrne Richtung. Sein Verhältnis zu Bundeskanzler Adenauer war kühl und distanziert. Mit den Führern der sozialdemokratischen Opposition fand er ein auf gegenseitiger Respektierung beruhendes Einvernehmen. Unvergessen bleibt seine Haltung in der heute gelösten, damals heftig unstrittener Saar-Frage. Hier stellte er sich in offene Opposition zum Bundeskanzler, wie er auch sonst oft eine Haltung bekundete, die nicht gerade das Wohlgefallen des derzeitigen Regierungschefs fand. Jakob Kaiser ist sich zeit seines Lebens selbst treu geblieben.

Der Tod dieses hervorragenden und lauteren Mannes macht die Bundesrepublik ärmer. Unsere nach neuen Ufern strebende Jugend verlor in ihm ein Vorbild von Ausdauer und Standhaftigkeit und persönlicher Integrität. Jakob Kaiser starb nach schwerem Leiden als ein Ehrenbürger des bedrohten Berlin. Ihm war es nicht mehr vergönnt, Berlin als Hauptstadt eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschlands zu erleben. Um ihn trauern alle, die ihn kannten. Dieser nach Gerechtigkeit dürstende und vom Patriotismus erfüllte Geist wird uns allen fehlen; sein Wirken ist ein Spiegelbild der deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten.

Anlagepunkt: 100 000-facher Mord

Bereits im Oktober, also nur kurze Zeit nach Abschluss des Wichmann-Prozesses, wird in Limburg an der Lahn der Heyde (Bohne)-Prozess beginnen. Es wird sich hier um einen über viele Wochen gehender Strafprozess handeln, bei dem noch einmal das Grauen der Massentötungen auferstehen wird, die während der nationalsozialistischen Zeit mit Hilfe eines ausgeklügelten Erlassungs- und Täuschungssystems und durch die Tätigkeit des Professor Heyde, sowie zum Teil auch des Rechtsanwalts Dr. Bohne vorgenommen worden ist.

Die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt am Main hält dem Professor Heyde, der sich ein Jahrzehnt lang unter dem Namen Dr. Sawade in Schleswig-Holstein verborgen hielt, vor, mindestens 100 000 Menschen heimtückisch getötet zu haben. Gegen Bohne wird die Anschuldigung der Tötung von mindestens 15 000 Menschen erhoben. Es handelt sich hier um Massentötungen von Menschen, die in Heilanstalten untergebracht waren. Es geht aber auch um ebenso bedauernswerte Deutsche und Ausländer, welche durch die Nationalsozialisten in die Konzentrationslager eingesperrt worden sind.

In Limburg an der Lahn, wo gegenwärtig gegen Heyde und Bohne die gerichtliche Voruntersuchung läuft, wird der grösste Prozess im Nachkriegsdeutschland stattfinden, der sich mit Verbrechen zu beschäftigen hat, die in der nationalsozialistischen Zeit begangen worden sind. Vermutlich werden im Landgericht in Limburg über 100 Zeugen aufgeboten.

Im Spätherbst wird in Deutschland das Wort Euthanasie durch den Heyde/Bohne-Prozess aus dem Schwurgerichtssaal in Limburg weit über Deutschland hinausdringen. Hier wird es sich aber nicht um Gnadentötungen im Sinne einer humanitären Verpflichtung eines Arztes nach ausdrücklicher Bitte von Schwerkranken handeln. Hier wird es vielmehr um die rigorose und heimtückische Verzichtung vor "unnützen Essern" gehen. Es wird sich um den ungeheuerlichen Missbrauch der Euthanasie durch einen totalitären Staat handeln, wie er in der Geschichte der Menschheit noch nicht vorgekommen ist.

Noch niemals hat in Deutschland ein Mann vor einem deutschen Gericht gestanden, den Staatsanwälte der heimtückischen Tötung in 100 000 Fällen beschuldigt haben. Dieser Mann, der Professor Heyde, ein prominenter SS-Arzt, der an den Schalthebeln der von Hitler befohlenen Ermordungsaktion gestanden hat, konnte ein Jahrzehnt lang in Schleswig-Holstein zum hochbezahlten Obergutachter aufsteigen und wurde von einer Gesellschaft getragen, die sich, wie jetzt die sechzehnmonatigen parlamentarischen Untersuchungen in Kiel erwiesen haben, nur in seltenen Fällen dem demokratischen Staat verpflichtet gefühlt hat. Der Prozess gegen den des 100 000-fachen Mordes angeschuldigten Heyde wird bestätigen müssen, dass das bewusste "Wegblicken" und Rahweggehen gegenüber Leuten, die in der nationalsozialistischen Zeit Verbrechen begangen haben, nicht weiterhin Gültigkeit besitzen darf.

### "Kapitalistische" und "sozialistische" Autounfälle

H.S.- In der Sowjetzone erzählt man sich den Witz, der furchtbarste Verkehrsunfall der "DDR" sei der Zusammenstoß zweier Kühe gewesen, die in verschiedener Richtung die Autobahn nach Frankfurt/Oder überschreiten wollten. Beide Kühe transportierten Ersatzteile für die beiden letzten Kraftwagen der DDR, die noch imstande waren, mit eigener Kraft zu fahren.

Der Witz ist natürlich masslos übertrieben und gibt falsche Zukunftsperspektiven. Gewiss, in der Sowjetzone fehlen alle und jede Ersatzteile für Kraftfahrzeuge. Es kam kürzlich vor, dass ein Wagen aus der Bundesrepublik, dem der Vergaserblock sprang, in der Sowjetzone in der Autobahn-Reparatur-Werkstatt den Vergaserblock kunstvoll mit Leim geklebt bekam und sicher damit Westberlin erreichte.

Dernoch: trotz solcher "Engpässe" der Ersatzteile, wächst auch der Verkehr in der "DDR" und führt ebenso wie in Westen, wenn auch nicht mit den gleichen Quoten, zu einer Erhöhung der Unfälle. Man produziert nun schon sehr eifrig "DDR-Kraftwagen", vor allem den zahlreich ins Ausland exportierten "Wartburg".

Der wachsenden Unfallziffer und den Beklemmungen im Verkehr suchte jetzt das Präsidium des Ministerrats entgegenzutreten. Es appellierte an die Bürger, sich "dem Verkehr anzupassen und durch vorbildliches Verhalten zur höheren Verkehrssicherheit beizutragen". Mit Formeln wie "ein Sozialist ist ein wachsamer Verkehrsteilnehmer" hofft man die "Selbsterziehung im Verkehr" einzuleiten. Natürlich geht es dabei nicht ohne die wichtigste Waffe des "sozialistischen Realismus" ab: die Demunziation. Der "Ministerrat" appellierte an die "Mitarbeit der Bevölkerung", "freiwillige Helfer der Verkehrspolizei" zu werden und eifrig selbst Aufsicht und Strafanzeige zu spielen. Auch sollen sich nunmehr alle "staatlichen Organe" in den Verkehr einschalten und "wachsen" sein. Es geht dabei um die Formel "vorläufige Erfüllung der Transportaufgaben" ist das Ziel der gegenseitigen Überwachung. Die "Erziehung der Bürger im Verkehr" sollen auch der FDGB, die FDJ, die Jungpioniere, die Gesellschaft für Sport und Technik und der "Allgemeine Motorsportverband" (der "sozialistische" ADAC) mit übernehmen.

Im übrigen agitiert man gegen die hohen Verkehrsunfälle in der Bundesrepublik als "Ausfluss des Monopolkapitalismus" und der "kapitalistischen Gesinnung" im Strassenverkehr. In der "DDR" seien die Unfälle dreieinhalbmal niedriger als im Westen. Die bedeutend geringere Fahrzeugquote setzt man nicht in Rechnung. Der "Siebenjahrplan des Kraftverkehrs" soll aber die Motorisierung der DDR in "sozialistischer Gesinnung" erheblich steigern. Wer Lenin liest, erspart sich Unfälle" - heißt jetzt ein anderer Witz in der Zone...

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel